

Sachverständigenrat legt Gutachten vor: Pflegeprofession spielt bei Prävention Schlüsselrolle

Experten plädieren für ein „preventive Health Care System“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen hat jetzt im Auftrag der Bundesregierung sein aktuelles Gutachten zur Generationenspezifischen Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens vorgelegt. Darin plädieren die Experten erneut für eine konsequente Umgestaltung des sektoralen Gesundheitswesens hin zu einer integrierten, abgestimmten Versorgung.

Berlin (sts). „Das zentrale medizinische und ökonomische Potenzial zur Verbesserung der Versorgung liegt an den Schnittstellen der Leistungssektoren“, so der Rat. Zu heben sei es am ehesten, wenn die beteiligten Leistungserbringer für ein gemeinsames Budget arbeiten und eine sektorübergreifende Pauschale erhalten. In diesem Zusammenhang spricht sich der Rat auch für so genannte Capitation-Modelle mit prospektiven Pauschalvergütungen aus. Sie setzen aus seiner Sicht die richtigen Anreize, damit alle Leistungserbringer ein Interesse an effizienter und effektiver Patientenversorgung haben. Zudem erwartet der Rat, dass damit die erwünschte Neustrukturierung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen beschleunigt wird.

Die Versorgung alter Menschen, die häufig chronisch und mehrfach erkrankt oder pflegebedürftig sind,

wird vom Rat ausführlich debattiert. Eine bessere Koordination der Versorgung und Betreuung, eine höhere Arzneimittelsicherheit sowie Leitlinien, die Mehrfacherkrankungen berücksichtigen, seien erforderlich. „Es sind noch zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, um zu einer bedarfs- und bedürfnisgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung zu gelangen. Das gilt umso mehr, als die Zahl Pflegebedürftiger in den kommenden Jahren stark steigt“, heißt es im Gutachten. Der Modellrechnung des Rates zufolge steigt die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahre 2050 auf 4,35 Millionen an, d.h. der Zuwachs gegenüber heute beträgt ca. 94 Prozent. Selbst unter der Annahme, dass die Morbidität weiter gesenkt werden kann, nachfolgende Generationen gesünder in die hohen Lebensjahre kommen und auch erst später als heute pflegebedürftig werden, steigt die Zahl der Personen, die Pflege und Hilfe brauchen, auf etwa 3,5 Millionen im Jahre 2050.

Um den Bedarfszuwachs decken zu können, komme insbesondere der Vermeidung oder Verzögerung von Pflegebedürftigkeit und gene-

rell dem Ausbau der altersspezifischen Prävention und Gesundheitsförderung hohe Priorität zu. „Ihr gegenwärtig zu geringer Stellenwert im Gesundheitshandeln bedarf dringend der Korrektur“, so der Rat. Es gebe empirische Be-



Foto: Schrader

„Das Gesundheitssystem auf die Bedürfnisse aller Generationen ausrichten.“

Ulla Schmidt

||

lege für die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen im Alter. Etwa sei nachgewiesen, dass körperliche Aktivitäten auf die geistigen Fähigkeiten wirken. Demnach kann eine erhöhte körperliche Aktivität zu einer spontanen Verbesserung der Gedächtnisleistungen um 35 Prozent führen. Erfolge zeigen auch „präventive Hausbesuche“, mit denen die Mortalität und Krankenhaus- und Pflegeheimweisungen deutlich reduziert werden können. Der Rat: „Um diese Gesundheitsreserven zu heben, ist es dringend erforderlich, die bislang brach liegenden präventiven Kompetenzen der Gesundheitsprofessionen zu entwickeln und auszuschöpfen und

zu einem präventiv ausgerichteten Gesundheits- und Versorgungswesen – Preventive Health Care System – zu gelangen. Das schließt insbesondere auch die Pflege ein, deren präventive Orientierung zwar im PflegeVG festgeschrieben, aber bislang eher Postulat denn Realität ist.“

Was die Pflege-Infrastruktur betrifft, sieht der Rat einen deutlichen Mehrbedarf. Heute gibt es in Deutschland 21 421 zugelassene Pflegeeinrichtungen: 10 997 ambulante Pflegedienste und 10 424 voll- bzw.

teilstationäre Pflegeeinrichtungen. „Ob diese Kapazitäten jedoch ausreichen, um dem zu erwartenden Bedarfszuwachs standzuhalten, muss angezweifelt werden“, so die Wissenschaftler. Auch künftig werden die pflegerischen Versorgungsinstitutionen daher weiter auszubauen sein. Insbesondere im Osten der Republik besteht Handlungsbedarf. Den Schätzungen zufolge werden im Jahre 2050 etwa in Brandenburg 90 Prozent der Bewohner über 65 Jahre sein. Der Quotient der Betagten über 85 Jahre wird im Osten etwa 25 Prozent, im Westen Deutschlands im Durchschnitt „nur“ 15 Prozent betragen.

Fortsetzung

Weil zugleich die Zahl der Arbeitskräfte schrumpft, sieht der Rat für die Politik erhebliche Herausforderungen. Er empfiehlt eine Kampagne zur Werbung von Nachwuchskräften für alle Gesundheitsberufe und die Initiierung eines Maßnahmenkatalogs, um die Fluktuation in den Gesundheitsberufen zurückzudrängen. Auch sei es nötig, die Pflege stärker in Modelle der integrierten Versorgung einzubinden. „Die Pflege war lange Zeit nicht in die Bemühungen zur Herstellung integrierter Versorgungsmodelle eingebunden“, kritisiert der Rat. Auch die gesetzlichen Änderungen zugunsten der Pflege haben wenig weitergeholfen. Viele Reformanreize zur Verbesserung der Integration seien nicht auf die erhoffte Resonanz gestoßen, weil „die Kooperationsroutinen und tradierten Muster der Arbeits- und Aufgabenteilung im deutschen Gesundheitswesen veränderungsresistent“ seien.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagte zum Gutachten: „Die Analysen und Empfehlungen des Rates werden uns helfen, das Gesundheitssystem besser auf die Bedürfnisse aller Generationen auszurichten.“ An anderer Stelle sagte sie, die im Minutentakt verrichtungsbezogene Pflegetätigkeit, überwiegend an körperlichen Gesichtspunkten orientiert, vernachlässige das Prinzip der Vorbeugung und der individuellen Bedarfsfeststellungen. Das müsse geändert werden. //

INFORMATION

Das Gutachten im Internet:
www.svr-gesundheit.de